

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

12. NOV 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII/215

Bonn, den 12. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Auf dem richtigen Weg</u> Osthandel - ein Mittel deutscher Außenpolitik	45
2	<u>60 Millionen DM ...</u> Die Propagandaufwendungen der Zone	46
3	<u>Unkenntnis schützt vor Anwaltskosten nicht</u> oder <u>Wenn zwei das gleiche nicht wissen</u> Kleine Mietergeschichten aus einem "Weißen Kreis"	46
4 - 6	<u>Der Mann, der die Hintertür kennt</u> Ein Bundestagsabgeordneter hält Sprechstunde Beobachtet von Valeška von Roques	116
6	<u>Aufgaben der modernen Industriegesellschaft</u> Vor Stadtdirektor Kouffer, Hannover	24

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf dem richtigen Weg

Osthandel - ein Mittel deutscher Aussenpolitik

Lor - Die Regierung Erhard und deren Aussenminister Dr. Schröder sind auf dem richtigen Weg, wenn sie durch die Aufnahme oder Erweiterung von bestehenden Handelsbeziehungen mit Ostblockstaaten nur versuchen, eine Phase beweglicher deutscher Ostpolitik einzuleiten. Der Raum deutscher Aussenpolitik ist sehr eng, die Möglichkeiten, durch deutsche Initiativen den Gang der Weltpolitik zu beeinflussen, sind sehr begrenzt; sich darüber Illusionen hinzugeben, wäre verhängnisvoll. Die wenigen Chancen jedoch - ohne dabei unsere lebenswichtigen Freunde im Westen zu verprellen - müssen genutzt werden. Die Feststellung des amerikanischen Aussenministers Rusk in der Frankfurter Paulskirche, die Wiederherstellung Europas sei ohne die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker nicht möglich, die Ausweitung des Handels und westliche Kontakte mit den kommunistischen Staaten könnten dem dienlich sein, unreißen eine Konzeption, innerhalb der sich deutsche Aussenpolitik mehr als in den vergangenen Jahren bewegen kann.

Viel zu lange vollzog sich deutsche Aussenpolitik, was die Blickrichtung nach Osten anbelangt, im Kreise, war beschwert durch ideologische Fesseln. Die Formung des Deutschlandbildes in den Ostblockstaaten wurde der SED und Herrn Ulbricht überlassen. Das wirkte sich nicht gut aus. Wunderwirkungen werden durch die Anwesenheit deutscher Handelsmissionen in Warschau, Budapest, Bukarest und möglicherweise auch in Prag gewiß nicht eintreten. Immerhin dürfte durch nützliche Gespräche wenigstens eine Verbesserung der Atmosphäre erfolgen. Der vom Bundestag seinerzeit einstimmig verabschiedete Jaksch-Bericht hat hier manche Möglichkeit der Auflockerung aufgezeigt. Die Quintessenz dieses Berichtes lautet in die Erkenntnis, alle möglichen Kontakte aufzunehmen - die deutsche Bereitschaft dazu erkennen zu lassen, soweit deutsche Lebensinteressen nicht verletzt werden. Dieser Satz soll sich jeder in Erinnerung rufen, der sich mit Fragen der Ostpolitik befaßt.

Die Qualität deutscher Industriewaren gibt in allen Ländern die beste Visitenkarte der Bundesrepublik ab. Die heißbegehrten Werkzeugmaschinen und die Produkte der deutschen Großchemie sind auch für die Ostblockstaaten und deren Völker wichtiger als ideologische Belohnungen durch Ulbricht. Eine dadurch bedingte Verbesserung des Lebensstandards in Osteuropa wird das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West mindern, neue Bedürfnisse wecken und den Glauben an die Überlegenheit des kommunistischen Systems an der Wurzel treffen. Das bedeutet schon sehr viel. Die unzweifelhaft vorhandene Auflockerung im Ostblock könnte zu evolutionären Entwicklungen führen. Dazu bedarf es freilich einer westlichen Friedensstrategie und einer Koordination des gesamten westlichen Osthandels. An seinen Grundzügen mitzuwirken, ihn mit zu beeinflussen, darin muß sich deutsche Ostpolitik noch bewähren. Die jetzt gestellten Weichen sind ein Anfang.

60 Millionen DM ...

Die Propagandaaufwendungen der Zone

sl - Die Zahl der Propagandasendungen, die monatlich aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik eingeschleust werden, hat inzwischen acht bis neun Millionen erreicht. Dabei wird nach Errichtung von Mauern und Minenfeldern immer mehr die Dreieckschleusung über Skandinavien, Benelux und Frankreich vorgenommen. Für diese Propaganda gab die Sowjetzone im letzten Jahr rund 50 Millionen DM Ost und 60 Millionen DM West aus, wobei das Westgeld vor allem aus den Gebühren stammt, die von den Autobahnbenutzern auf dem Wege von und nach Westberlin abgefordert werden.

Nach den Erkenntnissen der Landesämter für Verfassungsschutz ist diese Propaganda über die illegalen Kanäle in der letzten Zeit immer raffinierter geworden. So wurde nunmehr eine "Anweisung des Bundeswirtschaftsministeriums an die Industrie" verbreitet, die noch die nachgeachtete Unterschrift von Erhard trägt und Unruhe in einzelne Branchen tragen soll. In verstärktem Maße werden auch seit kurzem gefälschte Volkswagenaktien verschickt, so daß die Banken gezwungen sind, hier besonders scharf zu kontrollieren.

Ein besonders übles Propagandaverfahren der Kommunisten aus Pankow besteht darin, den Eltern von Bundeswehrsoldaten gefälschte Todesnachrichten zu schicken. Da heißt es in den zahlreichen zum Versand kommenden Briefen: "Ihr Sohn verunglückte tödlich bei der Bundeswehr". Ferner wird auch Unruhe durch gefälschte Einberufungsbefehle erzeugt, wobei die Fälscher in der Zone immer den neuesten Stand der amtlichen Einberufungen getraut kopieren.

Die Landesämter für Verfassungsschutz sind der Auffassung, daß in der Bundesrepublik etwa 16 000 Agenten, von Pankow gesteuert, wirken. Ihre "Vormänner" bestehen in etwa hunderthauptamtlichen Funktionären, in einem Arbeitsbüro beim Zentralkomitee der SED in Ostberlin. In diesem Arbeitsbüro gibt es nach den Aussagen von abgesprungenen Agenten besondere Abteilungen. So ist eine Unterabteilung damit beschäftigt, gefälschte Einberufungsbefehle und Meldungen an Soldateneltern zu fabrizieren. Daneben wird von diesem Arbeitsbüro auch die ganze "Laienfiltration" gesteuert. Danach gibt es in jedem volkseigenen Betrieb einen sogenannten "gesamtdeutschen Sachbearbeiter", der für spontane Entschließungen oder gezielte Briefe in Richtung Westdeutschland verantwortlich ist.

So gab es im März, als in Hamburg der illegale Landesvorstand der KPD Schleswig-Holsteins ausgehoben wurde, eine derartige Protestaktion, die das Arbeitsbüro über die gesamtdeutschen Sachbearbeiter veranlaßt hatte. Das System dieser vielfältigen Propaganda endet dann schließlich bei den untersten Schulklassen. Dort müssen die Kinder Protestbriefe oder je nachdem auch Friedensbriefe nach einem Diktat des Lehrers schreiben, wobei es dann Leute des Arbeitsbüros übernimmt, diese Briefe anhand westdeutscher Telefon- und Adreßbücher über die Agentenkanäle auch unter Verwendung des Auslands in die Briefkästen der Bundesrepublik zu schaffen.

Unkenntnis schützt vor Anwaltskosten nicht

oder

Wenn zwei das gleiche nicht wissen

RS. - Bebra mag gewiß ein schönes Städtchen sein und ist für manche sicher noch schöner geworden, seitdem es einen sogenannten weißen Kreis angehört. Doch das verhindert nicht, daß auch dort ungeduldige Hausbesitzer ihren Mietern schon vor dem 1. November 1963, dem rechtlich zulässigen Termin, ein Kündigungsschreiben für deren Wohnungen zusandten, sei es aus eigener Unkenntnis der bestehenden Gesetze oder in voller Kenntnis, die Unwissenheit ihrer Mieter ausnützend. Das kommt auch anderswo vor und ist deshalb nicht bezeichnend für Bebra. Wohl aber bezeichnend ist es für die von der SPD vorausgesagten Auswirkungen des Lücke-Planes.

Zwei so in Bebra betroffene Mieter taten das einzig richtige. Sie widersprachen der Kündigung mit Erfolg, nachdem sie, durch das Gestrüpp der bestehenden Gesetze und Verordnungen verwirrt, anwaltlichen Rat eingeholt hatten.

Soweit wäre alles in Ordnung und Herr Bundeswohnungsminister Lücke könnte seine helle Freude an dem Verhalten und dem Erfolg der Mieter haben, wenn nicht das Amtsgericht Rothenburg mit der Abweisung einer diesbezüglichen Klage eines Mieters (AktENZEICHEN: C 219/63) entschieden hätte, daß die entstandenen Anwaltskosten in Höhe von DM 33,18 nicht vom Vermieter, sondern vom M i e t e r zu tragen sind mit der Begründung, daß die Grundlagen des Mieterschutzgesetzes, nach denen ein Mietverhältnis auf Verlangen des Vermieters gegen den Willen des Mieters nur im Wege der Klage durch gerichtliches Urteil und nur aus bestimmten Gründen aufgehoben werden kann, heute in allen Bevölkerungsschichten zur genüge bekannt sind.

Diese Begründung deckt sich zwar mit der von Herrn Lücke vertretenen Ansicht, dürfte aber hier wie dort angesichts der inzwischen verabschiedeten Gesetze zur Durchführung des Lücke-Planes den tatsächlichen Verhältnissen - wie dieser Fall zeigt - nicht gerecht werden. Müßte denn nicht auch der Vermieter wissen, daß er die Mietverhältnisse noch nicht kündigen durfte? Oder hat er, wenn man der Ansicht des Gerichts folgt, diese Kündigungen in voller Kenntnis der Enzulässigkeit, bewußt auf die Unwissenheit der Mieter spekulierend, ausgesprochen?

Wir vermögen das nicht zu entscheiden. Fest steht nur, daß der betreffende Mieter neben den Anwaltsgebühren auch noch die Kosten des Verfahrens zu tragen hat; und dieser Fall dürfte wieder einmal beweisen, daß mit der Angst und Unwissenheit der Mieter zwar nicht immer Geschäfte zu machen sind, daß aber die Überwindung der Angst, nämlich der Mut, der Mieter, diesen auch recht teuer zu stehen kommen kann.

In diesem Zusammenhang stellen wir auch noch einmal die Frage, ob die von Herrn Lücke herausgegebene Broschüre "Das neue Miet- und Wohnrecht" tatsächlich geeignet ist, den beabsichtigten Zweck einer umfassenden Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Vermieter und Mieter in den "Weißen Kreisen" zu erfüllen. Nach diesem Vorfall ist das mehr denn je zu bezweifeln.

Der Mann, der die Hintertür kennt

Ein Bundestagsabgeordneter hält Sprechstunde
Beobachtet von Valeska von Roques

Morgens um viertel nach neun sind die Gaststätten zu. Woran es nicht viel zu rütteln gibt. Der Mann vor dem "Löwen" in Homburg rüttelte trotzdem. An der Tür, daß es krachte; an den Fenstern, daß es klirrte. Alles vergeblich. Da kam noch einer, der wollte auch rein, aber nicht mit Gewalt. Er schlug vor: "Versuchen wir's doch mal hintenrum. Da ist noch eine Tür, Vielleicht ist die auf."

Sie war's. Befriedigt stehen beide im Flur vor der Gaststube und schütteln sich die Hände: "Gestatten, Schmoller". "Büttner, angenehm". Sagt Büttner: "Sie wollen zu mir?" "Jawoll", strahlt der andere, "und ich wollt auch bestimmt der erste sein."

* * *

Der die Hintertür fand, ist nämlich gewissermaßen von Ants wegen findig: ein Bundestagsabgeordneter, der Sprechstunde hält, muß Hintertüren, nur lokale natürlich, kennen. Und das tut Fritz Büttner. Den Kartoffelhändler Gustav Schmoller, der extra früh kam, den muß er allerdings erst mal auf den Haupteingang hinweisen.

Denn Gustav Schmoller will eine Rente. Er sitzt mit Büttner am Tisch in der Gaststube, faltet die Hände auf dem Tisch, richtet die Augen ins Weite und klagt so vor sich hin. Der Kartoffelhandel könnt seinen Mann heut nicht so recht ernähren, besonders, wenn man das Pflaum in allen Gliedern hätte, 63 sei er nun auch schon, mit den Schönen wäre das auch so eine Sache, die ...

"Ja, haben Sie denn Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt," fragt Büttner dazwischen, "und wenn, wann war das?"

Eine schwierige Frage. Schmoller fasst sich an die Nase. "Tja, geklebt hab ich schon mal, ich weiß bloß nicht mehr wann."

"Könnten Sie es denn zusammenkriegen, wenn Sie ganz scharf überlegen?" Zur Aufmunterung erzählt Büttner von einem ähnlichen Fall: Da war ein Mann, der wollte auch eine Rente. Es fehlte ihm nur ein lächerliches halbes Jahr, das er nicht belegen konnte. "Da riet ich ihm", erzählt Fritz Büttner, "er sollte mal die ganze Verwandtschaft zu einem Kaffeeklatsch zusammentrommeln, und dann sollten alle gemeinsam den Lebenslauf des Mannes rekonstruieren. Und siehe da, es klappte. Ausgerechnet der Schwiegermutter fiel es ein, wo der Mann in dem fehlenden halben Jahr gearbeitet hatte. Jetzt hat er seine Rente."

"Tja", sagte Schmoller, "und wenn ich alles zusammenhab, was tu ich dann?"

"Dann gehen Sie damit zur Landesversicherungsanstalt, und die wird alles Weitere in die Hände nehmen."

* * *

Inzwischen ist es zehn Uhr. Die Gaststube ist mit einem Schlag voll. Männer und Frauen, Junge und Alte. Sie sitzen leise schwatzend beisammen, trinken ein Bier und warten auf "Abfertigung". Fritz Büttner hat sich in ein Hinterzimmer zurückgezogen. Seine Besucher wollen ihn schließlich unter vier Augen sprechen. Es ist wie beim "Herrn Doktor".

Der Nächste, der kommt, läßt sich kaum Zeit zur Begrüßung. "Herr Büttner", dröhnt er bereits an der Tür, "Herr Büttner, das ist eine schreiende Ungerechtigkeit."

Er setzt sich breit auf den Stuhl, seine Faust wird gleich auf die Tischplatte knallen, aber vorher sagt Büttner ganz sanft: "Ja, Herr Schmidt, Ungerechtigkeit gibt's viel auf der Welt, aber meistens merkt man das erst, wenn man sich selbst betroffen glaubt. Na, was ist denn lös?"

Jetzt knallt die Faust doch. "Betroffen glaubt? Ich bin betroffen! Also: ich war Steiger bei Rheinpreussen. Da: das haben sie für mich geschrieben." Er holt die Werkzeitung raus, das ist der Mann abgebildet, nur mit lächelndem Gesicht. "210 Jahre haben die Schmidts bei Rheinpreussen gearbeitet", steht da und noch allerlei Freundliches über den Mann, der fünfzigjähriges Berufsjubiläum gefeiert hat.

"Wann war denn das?" fragt Büttner.

"Ja, das ist es ja eben. Vor vier Monaten bin ich ausgeschieden, weil ich 65 geworden bin, und länger arbeiten darf man ja bei uns nicht. Mein fünfzigjähriges ist aber erst jetzt, weil ich damals im November angefangen hatte. Und nun hat mir die Firma das Jubiläumsgeld trotzdem gezahlt." "Ist das die Ungerechtigkeit?" fragt Büttner. "Achwo", sagt der andere, und beugt sich vor. "Aber versteuern muß ich das Geld. Das ist es!"

"Wieso", fragt Büttner, "Jubiläumsgelder versteuert man doch nicht."

"Sehns, das mein ich auch." Der Mann lehnt sich befreit zurück.

"Aber die vom Finanzamt, die finden das nicht. Weil ich vier te vorher aufgehört habe."

"Einen Monat zu früh", sagt Büttner trocken. "Sehen Sie, hätten Sie drei Monate vorher aufgehört, dann brauchten Sie das Jubiläumsgeld nicht zu versteuern. So viel Spielraum gibt es im Gesetz. Darauf hätte die Werksleitung Sie allerdings hinweisen können."

"Büttner sagt zu, mit dem Betriebsratsvorsitzenden und mit dem Finanzamt zu reden."

"Aber versprechen kann ich nichts", sagt er abschliessend.

* * *

Es gibt Fälle, in denen es auch dem Bundestagsabgeordneten nicht viel nutzt, das Gesetz genau und einige Leute persönlich zu kennen. So ein Fall schiebt sich jetzt zur Tür herein.

Es ist ein ganz großer Mann mit riesigen Händen und einem Anzug, der von seiner Konfirmation übriggeblieben zu sein scheint. Die alte Frau, die er behutsam vor sich herschiebt, ist nicht einmal halb so groß. Auch sie in schwarz, aber nicht mit einem übriggebliebenen Kleid, sondern mit einem neuen.

"Schwiegermutter ihr Mann ist gestorben, vor drei Wochen erst", sagt der große Mann zur Erklärung, "und da dachte ich, daß ich mal mit

Ihnen spreche, Herr Büttner." Die alte Frau sieht dankbar zu ihm auf, sie kann wirklich nicht sprechen, weil ihr Mund immerzu zittert. Es geht um die Tochter. "Die ist nämlich nur 1,35 Meter groß und wiegt 60 Pfund. Und da kann sie natürlich nicht arbeiten. Und ob sie wohl eine Rente kriegen könnte."

"Wie alt ist sie denn?" "43." "Oh", sagt Fritz Büttner und ist erst einmal stumm. Denn da gibt es wirklich keine Möglichkeit. "Und wie ist es mit einer ganz, ganz leichten Arbeit?" Die beiden Leute sind skeptisch. Aber ganz allmählich lassen sie sich überzeugen. "Sie müssen es doch einsehen", sagt Fritz Büttner, "Ihrer Tochter ist mit einer Rente im Grunde auch nicht geholfen. Sie muß wissen, daß ihr Leben einen Sinn hat. Was sie arbeitet, ist dabei ganz egal. Hauptsache, sie tut überhaupt etwas. Und wenn sie nur Briefmarken sortiert."

Fritz Büttner notiert sich Namen und Anschrift. Er wird mit dem Leiter des Homberger Arbeitsamtes sprechen. "In einer Woche haben Sie Nachricht. Und wie ist es mit einem Urlaub? War Ihre Tochter schon einmal verreist?" - "Noch nie", sagt die alte Frau. - "Dann wollen wir mal sehen, ob wir die Tochter mit der Arbeiterwohlfahrt verschicken können. Das klappt sicher auch." - Was sie wollten, das haben die Beiden noch nicht erreicht. Aber trotzdem gehen sie, als hätte man ihnen etwas Gutes geschenkt.
* * *

Die Leute, die bis in den frühen Nachmittag hinein bei Fritz Büttner auftauchen, haben große und kleine Sorgen. Meistens kleine. Aber die drücken auch. Fritz Büttner kann nicht immer helfen, er muß auch mal sagen: "Es tut mir wirklich Leid, ich kann nichts für Sie tun." Aber das ist besser, als irgend ein billiger Trost.

++++++-----++++++-----++++++-----++++++-----++++++-----++++++-----

Aufgaben der modernen Industriegesellschaft:

"Es geht nicht um ein paar Millionen Mark mehr oder weniger im Rahmen des kommunalen Länderfinanzausgleichs, sondern es geht um die grundsätzliche Neuverteilung der Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, entsprechend den Aufgaben dieser Körperschaften. So, wie man uns das seit Jahren immer wieder versprochen hat, und wie es seit Jahren immer wieder unterbleibt. Diese kommunalpolitische Forderung müssen wir mit diesem Nachdruck als Kommunalpolitiker deshalb so erheben, nicht aus Leid auf den reicheren Staat, noch aus dem Ehrgeiz, daß wir möglichst viel Geld ausgeben wollen, sondern weil wir dem Bürger und seiner Not am nächsten sind. Diese notwendige Finanzreform ist aber nicht Selbstzweck, sie ist kein für sich gültiges Ziel kommunaler Bemühungen. Sie ist eingebettet in die politische Grundsatzentscheidung für die Sicherung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in der modernen Industriegesellschaft. Damit wird sie zugleich ein Ja zu dieser Industriegesellschaft, ein Ja auch zur modernen Stadt, zur Großstadt und zur Stadtlandschaft. Es hat keinen Zweck, die Augen davor zu verschließen. Die Menschheit wird künftig als Industriegesellschaft leben. Ein großer, ein sicher wesentlich größerer Teil der Menschen als heute wird in den großen Städten leben, die Frage ist nur, ob er da unter Bedingungen leben kann, die menschenwürdig sind. Das ist diese Grundsatzentscheidung, die wir fordern müssen. Diese Entscheidung für den Menschen in der technischen Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts liegt in der großen Tradition sozialdemokratischer Politik. Und sie liegt in der Aufgabe, die wir alle uns gemeinsam gestellt haben: Die Zukunft meistern."

Stadtdirektor Neuffer, Hannover, vor SPD-Kommunalpolitikern

+ + +